

Internationalismus - Tugend oder Notwendigkeit?

Gegenwärtige oder zeitlose Fragen?

Die in Deutschland existierende Partei DIE LINKE und die in anderen Strukturen beheimateten, auch die freischwebenden, Linken können ihr gemeinsames Unterstützerpotential in der Bevölkerung nicht ausschöpfen, um deutlich spürbar die Politik in Deutschland in ihrem Sinn zu beeinflussen. .

Nicht weil sich in der LINKEN Zickenkriege entfalten, nicht weil keiner mehr weiß, was links und rechts ist, nicht weil der Kapitalismus in Auflösung begriffen wäre und wir nur noch abwarten müssen, bis er sich selbst begräbt. Auch nicht weil die Linken kein überzeugendes »Narrativ« haben.

Das linke Potential teilt sich auf und verliert an Überzeugungs- und Durchsetzungskraft, weil eine Debatte um sich greift, die sich weitestgehend nicht um konkrete Lebensbedingungen schert, sondern in erster Linie um Moral und die in abstrakte Begrifflichkeiten gegossenen, historisch weit zurückliegenden »Erfahrungen« der unteren, der verarmten oder verarmenden Klassen.

Zwei Problemstellungen begleiten die Geschichte der Armen, der Unterdrückten, der Entrechteten: Das Leid in den von den Herrschenden, Privilegierten in Gang gesetzten bewaffneten Auseinandersetzungen und die Sicherung der materiellen Lebensbedingungen für möglichst viele Menschen.

Die Begriffe Internationalismus und Nationalismus repräsentieren keine abstrakten Ziele oder Werte, sondern sind verknüpft mit historischen und politischen Bedingungen und den in ihnen wirkenden Interessen. Die Notwendigkeit der Sicherung der materiellen Existenz ist nicht erst mit der Industrialisierung zu Tage getreten. Beide Problemstellungen müssen entlang der Entwicklung menschlicher Gesellschaften immer wieder neu diskutiert werden, will man eine idealistische Debatte vermeiden und zeitgerechte Antworten erarbeiten und politisch durchsetzen.

Spätestens seit die Menschheit Überschüsse erwirtschaften kann, entstanden begleitende gesellschaftliche Strukturen, die zwei wichtige aber manchmal widerstreitende Funktionen erfüllen müssen: Die Verteilung der Überschüsse so zu organisieren, dass alle Menschen einer bestimmten Gegend leidlich zufrieden sein können UND einen Teil der erzielten Überschüsse so zu verwenden, dass längerfristige Perspektiven berücksichtigt werden können. In den Anfängen der Menschheit war mit den längerfristigen Perspektiven die Frage nach höheren Mächten verbunden, die man wegen ihrer unkontrollierbaren Bestimmungsmacht über Wind, Wetter und Wasser freundlich stimmen musste. Zielkonflikte und Machtverhältnisse entwickelten sich also im wesentlichen aus der Dimension der Zeit.

Anfänglich verwaltete die Dimension der Zeit ein Personenkreis, der auf der Grundlage von Erfahrungswissen zum Lauf der Sterne, zu den Jahreszeiten, zu regelmäßig wiederkehrenden Naturphänomenen befähigt war, günstige Zeitpunkte zu bestimmen für Saat und Ernte. Gott gegebene Rituale, religiöse Praktiken, Verhaltensregeln für die Gemeinschaft - kurz: Religionen - sind also nicht nur zu lesen als vernunftwidrige Ver-

blendung unterentwickelter, nichtwissender Menschen, sondern als erste Versuche auf der Grundlage von Erfahrungswissen künftiges Handeln zu begründen und anzuleiten. Gerade Theologen wissen das und setzen deshalb tradierte Glaubensinhalte heiliger Schriften um in Leitlinien für das Leben in der jeweiligen Gegenwart. Dieses Tun ist seit Jahrtausenden Aufgabe priesterlicher Fachkräfte. Religiöse Texte aller Religionen repräsentieren also immer einerseits die Tendenz unerkannte Mächte durch Gehorsam günstig zu stimmen, andererseits die Anpassung an neue Erfahrungen, neue Wissensbestände, Veränderungen der Lebensumstände, die eine Interpretation der tradierten Texte anregen oder sogar erzwingen.

Die Entwicklung der Naturwissenschaften und der Mathematik hat die Herrschaft über die Zeit der Verfügungsgewalt der Priesterschicht entrissen und zum gegenwärtigen prognostischen Denken geführt, das wissenschaftlichem Expertentum zugesprochen und abverlangt wird. Die übergroße Mehrheit der Menschen ist dabei gegenüber den Weissagungen der Experten nicht kritikfähiger als die Menschen zu Zeiten der Pharaonen gegenüber denen der Priester. Jegliche Überheblichkeit »moderner« Menschen ist deshalb überflüssig.

Ich versuche vor diesem Hintergrund die gegenwärtige Situation der gesellschaftlichen Linken und die in ihr virulente Debatte zum Internationalismus darzustellen und zu kritisieren. Nach meinem Dafürhalten kann sich politische Wirksamkeit nur entfalten, wenn dialektisches Denken nicht durch ein Entweder-Oder-Denken oder mittige Kompromisse ersetzt wird. Die Entwicklung realistischer Perspektiven setzt die Wahrnehmung widersprüchlicher Tendenzen voraus *und* die Bereitschaft diese bestmöglich aufeinander abzustimmen. Utopisches Ziel dieses Verfahrens ist für mich die Herrschaft der Vielen über sich selbst. Dieses Ziel wird gegenwärtig häufig in der Rede von der Selbstermächtigung zum Ausdruck gebracht. Selbstermächtigung kann sich gleichermaßen auf Individuen beziehen wie auf Kollektive.

Menschen müssen sich mit zwei Formen der Gefährdung ihrer Art und ihrer persönlichen Existenz beschäftigen: der Möglichkeit der Anwendung von Gewalt zwischen Individuen und Gemeinschaften und den Einschränkungen der Überlebenschancen durch Hunger, Witterungseinflüsse oder geophysikalische Ereignisse. Hunger, Kälte und Hitze können menschliche Tode genauso verursachen wie gewalttätiges Verhalten. Diese Erkenntnis ist nicht neu. Menschliche Problemlösungen sind notwendigerweise unvollkommen. Es kann also immer nur um bestmögliche Antworten gehen innerhalb eines bestimmten Zeitraumes. Die Verschiebung der Bedürfnisbefriedigung auf die Zeit nach der Weltrevolution wird von den meisten Individuen nicht für hilfreicher gehalten als die Vertröstung auf jenseitiges Glück. Meine Überlegungen beziehen sich deshalb nicht auf zukünftige Zeiträume, nicht auf eine sozialistische oder kommunistische Vision, sondern auf die Gegenwart.

Deutschland im Jahr 2018 n. C.

Politische Gruppierungen formieren sich zur Zeit im Wesentlichen entlang folgender Annahmen oder Einschätzungen der Situation:

1. Annahme - Die konservativ-nationalistische

Uns geht es gut. Veränderungen sind unnötig, aber »besser« geht immer. Weil es **uns** gut geht, sind Veränderungen an den Grundlagen der gegenwärtigen staatlichen und wirtschaftlichen Ordnung unvernünftig und deshalb unzulässig. Menschen, denen es nicht so gut geht, sind an ihrer Lage selbst schuld und deshalb auch verpflichtet sie aus eigener Kraft zum Besseren zu wenden. Eine moralische Verpflichtung Schwächeren zu helfen wird zwar anerkannt, dem Staat kommt dabei aber keine Verantwortung zu, die über die Befriedigung elementarster Bedürfnisse hinausging.

2. Annahme - Die progressiv-humanistische

Wir haben einen technischen Stand der Produktion erreicht, der sicherstellen kann, dass es **uns** allen gut geht. Die auf dem gegenwärtigen Stand der Technik erzielten Überschüsse können gerechter verteilt werden, indem Einzelnen höhere Geldmittel zur Verfügung gestellt werden. Eine Veränderung der Grundlagen der gegenwärtigen staatlichen und wirtschaftlichen Ordnung ist unnötig, weil **wir** alle ein gemeinsames Interesse daran haben, dass Unterschiede in den Lebensverhältnissen nicht zu Konflikten führen, die in Gewaltausbrüchen enden könnten. Gegensätzliche Interessen sind dabei sich aufzulösen in Richtung einer staatlichen Ordnung, die - unterstützt von einer wissenschaftlichen Expertokratie - Wohlstand für alle gewährleistet auf der Grundlage ausreichender individuell verfügbarer Geldmittel. Die dazu nötigen Veränderungen an den staatlich vorgegebenden Rahmenbedingungen des Wirtschaftens bedürfen keiner Veränderung der Eigentumsverhältnisse und ihrer Erscheinungsformen in den marktwirtschaftlichen Zusammenhängen.

3. Annahme: Die Perspektive der materiell Benachteiligten

Die Zunahme materieller Ungleichheit ist Folge der Eigentumsverhältnisse, die wenige Menschen zu Besitzern immenser und kontinuierlich wachsender Vermögen werden lässt. Die Ungleichheit in den Besitzverhältnissen zieht politisch-gesellschaftliche Ungleichheit nach sich, weil große Vermögen und Bestimmungsmacht über wirtschaftliche Prozesse mit politischer Macht verbunden sind. Diese Macht beschränkt die Möglichkeiten demokratischer Entscheidungen in der Gesellschaft. und vergrößert die Zahl derer, denen die notwendigen Mittel für die Gestaltung des Lebens vorenthalten werden, Sie verarmen. Gutes Leben für immer mehr Menschen lässt sich nicht herstellen, ohne die Eigentumsverhältnisse anzutasten.

Seit der französischen Revolution sortierte sich das Parteienspektrum in Deutschland und Europa entlang der Annahmen 1 und 3. Erst die Auflösung des sozialistischen Blocks und seine weitgehende Einbeziehung in eine marktwirtschaftliche, von den Kapitaleignern bestimmte Welt hat - verbunden mit einem enormen technologischen und wirtschaftlichen Vorsprung der Industrieländer, die sich als G 7 definieren - die Annahme 2 hervorgebracht. Diese wird von vielen politisch engagierten Menschen fälschlicherweise als eine Art demokratischer Kompromiss angesehen. Dieser Kompro-

miss überwindet die veralteten Interessengegensätze der Annahmen 1 und 3, so wird behauptet.

Mensch und Ort

Ich habe mich über einige Zeit bemüht ein »uns« in die Annahme 3 hineinzubringen. Es ist mir nicht gelungen. Der konkrete Grund dafür: Im Unterschied zu den Annahmen 1 und 2 ist die Annahme 3, die Sortierung der Welt nach oben und unten, territorial »offen«. Den skizzierten Inhaltskern können Menschen aller Länder teilen. Die Unterscheidung zwischen »wohlhabend und daher mächtig« und »relativ arm und ohnmächtig« entspringt einer universellen Erfahrung. Oben und unten sind genauso zu beobachten bei nomadisierenden Stämmen in trockenen und kalten Weltgegenden wie in großen Städten inmitten fruchtbarer, klimatisch begünstigter Tallagen.

Die unterschiedlichen Umweltbedingungen der geographischen Räume haben Kulturen hervorgebracht, die den dort herrschenden Lebensbedingungen Rechnung tragen. Die unterschiedlichen Kulturen binden die Menschen an die Gegenden, zu denen sie gehören. Sie sind in ihnen geboren und aufgewachsen, in ihnen sozialisiert. Diese Verbindung zwischen Kultur und Raum erleben Menschen als Heimat. Wurzeln der Menschen sind nicht allein Vater und Mutter, sondern auch die Räume, die man gemeinsam mit ihnen und anderen Menschen erlebt und gestaltet hat, Räume, die einem zumindest mit gehören, denen man sich zuordnet. Mensch, Gesellschaft und Raum sind eng miteinander verflochten. Diese kulturell bestimmte Wechselbeziehung zwischen Individuum, Gesellschaft und Raum ist eine prägende Grunderfahrung.

Mensch erlebt die Notwendigkeit den gewohnten Raum, zu verlassen als mehr oder weniger traumatisierend. Nur sehr wenige Menschen verlassen freiwillig ihre angestammte Gegend und wenn sie es tun, zumindest im Anfang oft verbunden mit der Perspektive einer möglichen Rückkehr. Die Rolle des Kundschafters ist verbunden mit der Rückkehr und der Erwartung der Zurückgebliebenen einen lebendigen, informativen Bericht zu hören. Einem sehr hohes Maß an Verletzungen sind die Menschen ausgesetzt, die wegen Hunger und/oder Gewalt ins Fremde gezwungen werden. Aber: Der Mensch kann sich in neuen Umgebungen zurechtfinden, die durch den Zwang zur Ortsveränderung erzeugten Traumata überwinden, sich woanders beheimaten. Voraussetzungen für diesen Prozess: Die Bereitschaft sich anzupassen und die Bereitschaft zu freundlicher Aufnahme. Sind diese Voraussetzungen gegeben, können auch erzwungene Ortswechsel nach einer Weile als bereichernde Erfahrung empfunden und geschätzt werden. Dann entfalten sie auch positive Wirkungen in den aufnehmenden Gesellschaften.

»Wir« und »uns«

Die Aussage »Uns geht's gut« beinhaltet eine Abgrenzung, sei es eine Abgrenzung der wohlhabenden Familie von den armen Familien, eine Abgrenzung der reichen Städte von den armen Bauern, eine Abgrenzung der Wohlstandsländer von den armen Ländern des globalen Südens. Die Behauptung der weltoffenen Globalisierungsgewinner, sie seien die progressiven, die fortschrittlichen, diejenigen, die die ganze Gattung im Auge hätten, die Grenzen überwinden, diese Behauptung konstruiert, konstituiert ein

herrschaftliches »WIR« der westlichen Werte, das sich aus der Perspektive der zur Flucht gezwungenen als Fortsetzung kolonialer Unterdrückung und imperialer Gewalt darstellen kann. Globalisierung ist kein herrschaftsfreier, gar befreiender Prozess. Sie beinhaltet auch Zwang zur örtlichen Veränderung, Verlust an Heimat bis hin zu traumatisch erlebter Entwurzelung. Der Politologe Gerhard Armanski hat diesen Zusammenhang so beschrieben: »Bis heute hat die Menschheit keinen Begriff von sich selbst. Die übergroße Mehrzahl denkt und lebt lokal, allenfalls regional. Es sind nur wenige Prozent, deren Bewusstsein eine globalisierte Welt um- und erfasst. Während die Globalisierung der Waren- und Geldströme ein verdichtetes Zirkulationsnetz ungeahnten Ausmaßes geschaffen hat, reißen sich erst jetzt Menschen in großer Zahl von ihren Lebensräumen los bzw. werden durch Krieg und Not von ihnen fortgetrieben. Bilder und Berichte zeugen von der Tragödie der Flucht. Die sich aufmachen sind gut über das Leben in reichen Gegenden informiert und versuchen, dem Gefälle eines Wohlstands aufwärts zu folgen, dessen Entwicklungsstand sich neben internen Faktoren nicht zum Geringsten der Ausplünderung, Ausbeutung und kriegerischen Verwicklung eben jener Lebensräume verdankt. Erst jetzt setzt in zunehmendem Maß ein weltweites soziales Beben im Gefolge des ökonomischen ein, die größte Flüchtlingsbewegung seit zwei Generationen.« [Arbeiterstimme 193, 4. Quartal 2016]. Es ist deshalb nicht falsch, aber zumindest unvollständig, den Begriff »Internationalismus« mit weltweiter Grenzenlosigkeit in Verbindung zu bringen. Die Frage nach dem hinter einer derartigen »Überwindung des Nationalismus« stehenden Interesse ist nicht nur berechtigt sondern sie erfordert eine Antwort.

Nur die Annahme drei enthält tatsächlich eine inhaltliche Aussage, die unabhängig vom bewohnten Territorium gültig ist - unabhängig vom Wohnort, von der Heimatstadt, vom Staat, in dem man lebt. Das »Uns« der dritten Annahme muss erst noch *gestiftet, gemeinsam erarbeitet* werden. Mitmenschen müssen von der Notwendigkeit gemeinsamen Handelns überzeugt werden, wenn es um die materielle soziale Sicherheit geht und die Vermeidung von militärischen Konflikten zwischen territorial bestimmten Einheiten. Es sind immer, wirklich immer, die vielen Menschen der materiell deutlich schlechter gestellten Bevölkerungsmehrheiten aller Länder, die unter Kriegen leiden. Sie verlieren die Ernte und das Dach über dem Kopf.

»Internationalismus« ist also im Kern kein moralischer Aufruf an die Arbeiterklasse, sondern notwendige Folge der Forderung nach materieller Sicherheit und Respekt vor dem Menschenrecht auf Leben *für alle*. Nicht allein den Reichen soll ein erfülltes und langes Leben beschieden sein, sondern allen Menschen. Heimat, ein Ort an dem man ungefährdet leben kann, soll für alle garantiert werden - nicht allein für diejenigen, denen der Zufall die Ankunft im sicheren Hafen beschert. Niemand soll im Namen der herrschenden Werte, der Werte der Herrschenden sterben. Es sind nicht »unsere«.

Die aktuelle Debatte um Nationalismus und Internationalismus vernachlässigt die realen materiellen Gründe, die Vernunftgründe für internationale Solidarität, indem sie den Internationalismus zu einem moralischen Wert wendet oder zum Merkmal eines besonders fortschrittlichen, entwickelten Humanums, zur Eigenschaft einer bestimmten Klasse, der empirisch immer schwieriger zu fassenden Arbeiterklasse. Eine solche Rede vom »Internationalismus« macht sich das Interesse der Besitzenden zu eigen.

Diese verschleiern nämlich durch die Behauptung »Uns geht's gut« und die gleichzeitige Behauptung eines weltweiten Menschenrechts auf Freizügigkeit, dass es ihnen keineswegs darum geht, den Menschenrechten auf Gesundheit, Bildung, materielle Sicherheit weltweit Gültigkeit zu verschaffen. Ihr Interesse ist die unkontrollierte Ausbreitung ausbeuterischer Verhältnisse bis in den letzten Winkel der Erde. Der Appell an die Hilfsbereitschaft der Menschen in den wirtschaftlich starken Ländern entbehrt also nicht eines gewissen Zynismus. Die mitmenschliche Bereitschaft der Bewohner eines Landes soll genutzt werden, um für Menschen einer anderen Weltgegend die schlimmsten Folgen von Ausbeutung und Rohstoffkriegen zu mildern. Diese Strategie ist also *nicht* frei von »Nationalismus«, wie immer wieder behauptet wird. Die Herrschenden verwenden die vor neuem Nationalismus warnende Rede dazu, die eigene Verantwortung für die Entwurzelung von Millionen Menschen zurückzuweisen und die Folgelasten abzuwälzen.

Der Bezug auf einen angeblich traditionellen moralischen Wert der Arbeiterklasse wird benutzt, um die Folgekosten imperialistischer Kriege in anderen Weltgegenden zu übertragen auf die unteren, verarmenden Schichten der Bevölkerung der Länder, denen es angeblich gut geht.

Wer sich gegen diese Abwälzung der Folgekosten wehrt, die Forderung formuliert, dass gefälligst die Profiteure der Kriege, des Landgrabblings, des Klimawandels diese Lasten zu tragen haben, wird von manchen als Nationalist denunziert, wenn nicht sogar als nationaler Sozialist. Dabei ist der moralisch gewendete Internationalismus das Gegenteil dessen, was linke Internationalisten z. B. 1936 in Spanien und zwischen 1979 und 1990 in Nicaragua getan haben und manche gegenwärtig noch in Kuba tun. **Die Aussage ist zwar richtig, dass nicht die Geflüchteten an der zunehmenden Armut in Deutschland schuld sind, aber sie ist unvollständig.** Sie kehrt unter den Tisch, dass Rüstung und Militarisierung, die Unterstützung von Kriegen zu Lasten der Armen in Deutschland, Frankreich, Großbritannien, der »reichen« Länder gehen. Rüstung tötet im Frieden. Aber nicht alle - hauptsächlich die Armen. Wer die zunehmende Armut auf dem eigenen Territorium in der politischen Analyse trennt von der Vorbereitung und Beteiligung, der Verstrickung des eigenen Landes in imperialistische Kriege, kann sich nicht anmaßen Antifaschist zu sein. Es ist nicht auszuschließen, dass es 2021 analog zu 1932 wird heißen müssen: »Wer Merkel wählt, wählt Höcke. Wer Höcke wählt, wählt den Krieg.« - oder so ähnlich.

Ist es wirklich so schwer zu erkennen, dass die gleichen Kreise profitieren, wenn die Menschenrechtsrhetorik dazu dient, Kriege vorzubereiten und durchzuführen gegen die Bewohner rohstoffreicher Länder und *gleichzeitig* hierzulande die Ausbeutung im Interesse der Rüstungsprofiteure zunimmt? Die einmal übliche feine Unterscheidung im deutschen Text der »Internationale« ist wieder bitter nötig geworden: Es geht nicht um das Menschenrecht, sondern um der Menschen Recht. »Das Recht« ist immer das Recht der Herrschenden. Ihre eigenen Rechte müssen sich die Menschen aller Weltgegenden erst nehmen, durchsetzen, erkämpfen. Sie werden ihnen nicht in die Wiege gelegt von wohlmeinenden Kosmopoliten mit einem Hang zu militärisch unterstützter Missionierung für globale Freiheiten. Die Menschen andernorts in ihren Kämpfen um bessere Lebensbedingungen zu unterstützen ist der Inhalt des Internationalismus.

Internationalismus ist *nicht* ein durch Abstraktion gewonnenes Gegenteil dessen, was wir aus der Geschichte als Nationalismus kennen.

Die moralischen Konsumenten dieser Republik wissen schon, warum sie lieber teurer einkaufen als Streikspenden zu überweisen. Es würde massiv »unsere« Fähigkeit zur Güte beschränken, kämen die 85€ für das »Bayern«-Hoodie tatsächlich den Näherinnen zugute. Es fühlt sich allemal besser, wer freiwillig Gutes tut, als wer das Recht anderer anerkennt. Nicht umsonst heißt die gängige Sprachformel man »beuge sich dem Recht«. Wer freiwillig Gutes tut, macht sich groß, nicht klein.

Haltung und politisches Handeln der Verfechter des progressiven Humanismus

Die Einschätzung der Akteure und des politischen Gewichts dieser Menschenmenge ist von großer Bedeutung für die Möglichkeiten hegemoniale Mehrheiten gegen Krieg *und* für soziale Sicherheit, d. h. gegen Faschismus, zu gewinnen. Offensichtlich ist in Deutschland und Europa die Rechte auf dem Vormarsch und die propagandistische Kombination von Nationalismus und Sozialismus ist bei Wahlen erfolgreich. Es stellt sich die Frage, wie diesem Wiederaufgreifen reaktionärer Muster Einhalt geboten werden kann. Unter denjenigen, die sich als »links« definieren ist darüber ein Streit entbrannt zwischen denjenigen, die Faschismus allein aus Rassismus, Nationalismus oder fremdenfeindlichem Ressentiment erklären und denjenigen, die auf den aktuell immer noch vorhandenen Interessenunterschied zwischen Kapital und Arbeit verweisen.

Diese Auseinandersetzung schränkt die Möglichkeiten ein, die Verfechter der Annahme 2 für die Unterstützung einer Politik im Interesse der Armen und von Armut Bedrohten zu gewinnen. Allem Anschein nach schlagen sich gerade diese Humanisten auf die Seite derjenigen, die geprägt sind von einem tiefen Misstrauen gegenüber der Demokratiefähigkeit der ungebildeten niederen Schichten, also im Grunde auf die Seite der konservativen Reaktion. Diese massiv gegen die untere Hälfte der Einkommensbezieher gerichtete Tendenz wird verschärft 1. durch eine Propaganda, die die Durchsetzung »westlicher Werte« für wichtiger hält als Frieden und 2. durch das Wohlstandsgefälle zwischen den Erwerbstätigen, die indirekt noch von der herrschenden globalen Wirtschaftsordnung profitieren können [ein gebildeter, mehrsprachiger, hochqualifizierter Teil der abhängig Beschäftigten und ebensolche in eine unsichere selbstständige Existenz gedrängte Menschen] und denjenigen, die von der digitalen Revolution in eine Lage gebracht wurden und werden, in der die Konkurrenz um einfache Tätigkeiten direkt in Armut trotz Arbeit mündet. Die durch ungleiche materielle Lebensverhältnisse hervorgerufenen Konflikte werden deshalb national und weltweit zunehmen. Dass die Kapitalseite daraus ihre Vorteile zieht, kann niemand ernsthaft bestreiten.

Damit ist aus meiner Sicht auch die Frage geklärt, wem das Ausklammern der Frage der Eigentumsverhältnisse aus der politischen Debatte nützt: Allein der konservativen Reaktion, von Herrn Alexander Dobrindt, vor kurzem in der WELT so ausgeführt: »Fünfzig Jahre nach 1968 wird es Zeit für eine bürgerlich konservative Wende in Deutschland [Quelle: <https://www.berliner-zeitung.de/29434092> ©2018] . Die Befürchtung ist alles andere als unbegründet, dass - wie schon so oft in der Geschichte - die Leidtragenden weltweit wieder die Ärmsten sein werden.

Blick auf die Parteienlandschaft

Angesichts dieser bedrohlichen Lage für Deutschland, Europa und die Welt ist die Bewertung der Möglichkeit einer wählbaren linken Alternative in Deutschland und Europa geboten. Hauptsächlich einer beratungsresistenten deutschen Sozialdemokratie geschuldet, haben es Linke hierzulande jedoch schwer auch nur ein wirksames Gegengewicht zu bilden, von der Entfaltung linker Hegemonie ausgehend von Annahme 3 nicht zu reden. Das Augenmerk richtet sich deshalb notwendigerweise auf die Entwicklungen in der einzigen tatsächlich noch vorhandenen, im Parlament vertretenen Partei mit nach wie vor öffentlich vorgetragenem linken Anspruch.

Ich wäre froh, könnte ich mit guten Gründen behaupten, dass DIE LINKE ohne jeden Zweifel ihre Anstrengungen auf eine Einschränkung der Macht des Kapitals richtet. Es hat nämlich den Anschein, dass Funktionäre, Mitglieder und Wählerschaft der LINKEN sich zunehmend rekrutieren aus Vertreterinnen der Annahme 2, der als *progressiv-humanistische* beschriebenen. Anders lässt sich nicht erklären, dass den Fragen nach der Verfügungsgewalt über die Produktionsmittel, nach der Höhe der Staatsquote und nach der materiellen Sicherheit durch Stärkung der sozialen Sicherungssysteme und des öffentlichen Sektors fast keine Aufmerksamkeit mehr zukommt. Dabei markieren diese Themenkreise das unter Schröder aufgegebenen klassisch sozialdemokratischen Terrain: Planmäßige Entspannungspolitik, Stärkung der Massenkaufkraft, Ergänzung der Sozialversicherungssysteme durch einen leistungsfähigen Sektor öffentlicher Daseinsvorsorge. Weit entfernt von politischen Zielen, die tatsächlich geeignet wären, die Herrschaft des Kapitals anzukratzen.

Seit 2012 bietet DIE LINKE in monatlich wechselnden Inszenierungen ein Schauspiel der besonderen Art. Die seinerzeit in Göttingen im Interesse parteilicher Geschlossenheit gewählten Parteivorsitzenden widmen sich in diesem Drama vorrangig der Bekämpfung des Rassismus und der Rechten in Form der AfD. Die Fraktion kümmert sich um den schnöden Alltag der um ihre Existenz kämpfenden unteren Hälfte der Bevölkerung. Es ist die Fraktion, deren Mitglieder regelmäßig und in kurzen Abständen auch in den sozialen Medien, über geschönte Arbeitslosenzahlen informieren, Transparenz schaffen zum Thema Rüstungsexporte oder zur sich ausbreitenden Armut und der damit in Zusammenhang stehenden Zunahme der Obdachlosigkeit.

Das wäre nicht weiter tragisch, gäbe man sich Mühe diese Art abgestimmter Arbeitsteilung in gegenseitigem Wohlwollen zu pflegen. Der Eindruck ist jedoch nicht von der Hand zu weisen, dass die Fraktion bestrebt ist, eine wenigstens an der Annahme drei orientierte sozialdemokratische Politik zu betreiben während der Parteivorstand im wesentlichen damit beschäftigt ist, Kritik, Rügen an die Adresse der Fraktion zu formulieren oder mit Geschäftsordnungsvorschlägen die »Macht« der Partei in der Fraktion zu stärken. Gelegentlich stößt man auch auf Belege für die Annahme, dass mit »die Partei« nicht die Gesamtheit der Mitglieder gemeint ist, sondern der Apparat im Karl-Liebknecht-Haus.

Als vorrangiges Ziel tritt das Bestreben in den Vordergrund, Mehrheitsentscheidungen zu politischen Vorschlägen zu verhindern, wissend, dass im Zweifelsfall die Mehrheit eher auf Seiten der sozialdemokratischen und sozialistischen Traditionalisten läge unter dem Dach der Annahme 3, der *Perspektive der materiell Benachteiligten* - nicht auf

Seiten der Vertreter der *progressiven Humanisten*, die in den letzten Jahren an Einfluss gewonnen haben. Bestimmt wäre eine Mehrheit auch nicht auf Seiten einer Mannschaft zu finden, die nach der Wende 1989 alle Kraft darauf verwendet hat, kapitalismuskompatibel zu werden und die deshalb in ihren Stammländern 2017 massiv Wählerstimmen verloren hat. Die Macht der Partei mithilfe der Straße und/oder der Betriebe zu stärken ist offensichtlich kein Anliegen. Man ist eingeschworen auf die Mechanismen der bürgerlichen Demokratie, die allenfalls kampagnenfähigen, mitgliederstarken NGOs das Recht einräumt, in inhaltlichen Fragen gehört zu werden. Weniger beliebt sind Forderungen von Bewegungen einer Basis, die sich ihre Strategien und Strukturen erst erarbeiten muss. Da gibt man dann im Zweifel wie z. B. anlässlich der Hamburger G 20 Demonstrationen doch eher den Ordnungskräften Recht als den Anwälten verummter Regelverletzer und schreit »Gewalt«, wenn sich Menschen in baumwollenen schwarzen Sturmhauben zu Blöcken formieren, damit sie gegen schwarze Männer mit Helmen, Schilden, Sicherheitsstiefeln und Beinschienen ihr Demonstrationsrecht durchsetzen können.

Die Aussichten sind nicht rosig. Könnten sich die Traditionalisten durchsetzen, wäre ich froh, denn eine andere Möglichkeit den heraufziehenden nächsten Krieg zu verhindern, kann ich nicht erkennen. Die Verfechter des progressiven Humanismus sind offensichtlich in ihrer Wahrnehmung der gesellschaftlichen Wirklichkeit zu beschränkt. Ein Beitrag zur Formierung einer politischen Alternative ist von ihnen nicht zu erwarten.